

Entschieden zu weit

Das Gesetz, das Frankreichs Sicherheitsdiensten umfassende Rechte für Beschaffung und Sammlung von Informationen zur Terrorabwehr erlauben soll, stößt auf viele Vorbehalte.

Von Ralf Klingsieck, Paris

Der Text des Sicherheitsgesetzes wird seit Anfang der Woche in der französischen Nationalversammlung diskutiert und soll im Schnellverfahren, also nach nur einem Durchgang durch beide Kammern des Parlaments, verabschiedet werden, um noch vor dem Sommer dieses Jahres in Kraft treten zu können.

Im Parlament und mehr noch in der Öffentlichkeit und in den Medien werden die Stimmen immer zahlreicher und lauter, die warnen, dass unter dem Vorwand der Terrorabwehr elementare Rechte der Bürger ausgehebelt oder unterlaufen werden können. Die Kritik konzentriert sich darauf, dass künftig das Abhören von Telefonen oder das »Verzweigen« von Büros, Privatwohnungen oder Autos mit Mikrofonen und Videokameras nicht zuvor durch einen Untersuchungsrichter genehmigt, sondern nur nachträglich einer neu zu schaffenden unabhängigen Aufsichtskommission gemeldet werden muss.

»Terrorabwehr ist legitim und vorbeugende Sammlung von Informationen über potenzielle Täter ist notwendig«, räumt Henri Leclerc, Anwalt und Ehrenpräsident der Französischen Liga für Menschenrechte, ein. »Aber zunächst sollten die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und dafür ausreichend Mittel und Personal bereitgestellt werden, statt nach jedem spekta-

»Völlig illegal, aber von der Regierung toleriert und gedeckt.«

Polizeigewerkschafter Rangeville zur Praxis der Sicherheitsdienste

kulären Anschlag wie vor zwei Jahren in Toulouse und jetzt in Paris nach neuen schärferen Gesetzen zu rufen.« Der Polizeigewerkschafter Christoph Rangeville empört sich: »Der Gesetzentwurf soll nur nachträglich legalisieren, was die Sicherheitsdienste in der Praxis längst tun – völlig illegal, aber von der Regierung toleriert und gedeckt.« Das neue Gesetz gehe viel weiter als der Patriot Act in den USA, der dort nach dem 11. September 2001 erlassen wurde und viele Bürgerrechte ausgehöhlt hat, warnt Staatsrechtsprofessor Eric Sadin. »Der Text ist so weit gefasst, dass er Aktionen nicht nur gegen Dschihadisten und andere Terroristen, sondern auch gegen Militär- und Wirtschaftsspieler, Waffen- und Drogenhändlerbanden, ja selbst gegen vage verdächtige Wissenschaftler, Regionalrechtsaktivisten, gewalttätige Demonstranten und darüber hinaus gegen Jedermann erlaubt, der auch nur zufällig in Kontakt mit einer solchen »Zielperson« geraten ist.«

Isabelle Falque-Pierrotin, Vorsitzende der unabhängigen Datenschutzbehörde CNIL, sorgt sich um »das Schicksal der massenhaft gesammelten Daten über mehr oder weniger verdächtige Bürger, die Begehrlichkeiten wecken und die Nutzung für Zwecke erlauben können, die mit der Terrorabwehr nichts mehr zu tun haben.« Der Gesetzestext gehe »entschieden zu weit«, meint auch Céline Parisot, stellvertretende Vorsitzende der Richterergewerkschaft USM, »denn dann kann selbst aus Furcht, dass eine Großdemonstration aus dem Ruder läuft und zu gewalttätigen Ausschreitungen führt, in den Tagen zuvor die Wohnung und das Auto des verantwortlichen Gewerkschaftschefs abgehört werden.«

Der Tod ist ständiger Begleiter

Antirassistische Initiative dokumentiert die Folgen deutscher Asylpolitik

Unglücksmeldungen vom Mittelmeer wechseln mit freundlichen Erklärungen der Politik über Zuwanderung. Eine Dokumentation liefert regelmäßig Belege für den Realitätsgehalt solcher Bekenntnisse.

Von Uwe Kalbe

Menschen, die sich in Asylbewerberheimen deutscher Kommunen nicht sicher fühlen, oder Flüchtlinge, die auf dem Weg nach Deutschland den Tod finden – dies sind nach Überzeugung der »Antirassistischen Initiative« verschiedene Seiten einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und EU-Europa. Seit 1993 sammelt die Initiative in Berlin in mühevoller und unbezahlter Kleinarbeit Belege dafür, wie oft diese Politik für Flüchtlinge tödlich endet.

Im Zeitraum von 1993 bis Ende 2014 starben mindestens 194 Menschen auf dem Weg in die Bundesrepublik oder an ihren Grenzen. Das ist das Rechercheergebnis der Initiative, die in jährlichen Publikationen die »bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen« dokumentiert. Mindestens 451 Flüchtlinge seien in diesem Zeitraum als Folge der Asylgesetzgebung ums Leben gekommen. Durch rassistische Übergriffe und Brände in Flüchtlingsunterkünften seien 94 Menschen zu Tode gekommen. Seit der letzten Erhebung im vergangenen Jahr seien damit 18 Todesfälle hinzugekommen – im Ergebnis von drohender oder erfolgter Abschiebung, als Folge von Abschiebehaft, des Versuchs, Grenzen auf dem Weg nach Deutschland zu überwinden oder durch die Verfolgung durch staatliche Behörden.

Allein 130 Personen starben nach diesen Angaben seit 1993 an den östlichen Grenzen Deutschlands, 590 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt zum Teil erhebliche Verletzungen, davon 321 an den östlichen Grenzen, wie aus der Fallsammlung hervorgeht, die die Initiative vorab zur Verfügung stellte. 179 Menschen töteten sich der Untersuchung zufolge angesichts ihrer drohenden Abschiebung selbst oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. 64 Flüchtlinge starben in Abschiebehaft. Mindestens 1383 Flüchtlinge fügten sich demnach vor der Abschiebung oder aus Protest gegen ihre drohende Abschiebung oder die Aufenthaltssituation selbst Verletzungen zu beziehungsweise überlebten verletzt den Versuch der Selbsttötung. Unter diesen Fällen befanden sich 659 Menschen in Abschiebehaft.

Die Dokumentation sei ein Spiegelbild der menschenverachtenden Lebensbedingungen, denen Flüchtlinge, Asylbewerber und Menschen ohne Papiere in Deutschland ausgesetzt seien, heißt es in einer Erklärung der Initiative. In den dokumentierten Fällen werde der gesetzliche, behördliche und gesellschaftliche Druck deutlich, denen sich die Be-



Offensichtliche Tristesse eines Abschiebeknast

Foto: dpa/Bernd Settnik

troffenen ausgesetzt sähen. Dabei ist es für den Betroffenen unerheblich, ob sein Tod die Folge einer Abschiebung in ein Land ist, wo seine Versorgung nach einer Herzklappenoperation in Deutschland nicht gewährleistet ist. So geschah es Victor Osório Turcios, der am 18. Juli 2012 abgeschoben wurde und ein Jahr später in Honduras starb, weil er nicht

mit den lebensnotwendigen Medikamenten versorgt war. Oder ob er von acht Bediensteten einer Justizvollzugsanstalt fixiert wird, bis er einen »lagebedingten Erstickungstod« erleidet, wie es einem Kosovaren im Juni letzten Jahres in Landshut geschah. Oder ob ein Familienvater auf dem vermeintlichen Weg zu Verwandten in Deutschland im Mittel-

meer den »Rettungsversuch« der griechischen Küstenwache mit dem Verlust dreier Kinder und seiner Ehefrau bezahlt, als diese in den Fluten ertrinken. Er ist einer der Überlebenden des von der Antirassistischen Initiative dokumentierten Falles, der im folgenden Text unten teilweise wiedergegeben wird. Er selbst ist in Deutschland angekommen.

Schutz vor Flüchtlingen

In der Dokumentation wird das Drama zweier Familien geschildert, die im Mittelmeer sechs Angehörige verloren. Dank einer »Rettungsaktion« des griechischen Küstenschutzes. Ein Auszug:

20. Januar 2014 vor der Küste der griechischen Insel Farmakonisi: 27 Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien wähen sich am Ende ihrer Überfahrt nach Europa. »Dann wird der Fischkutter von einem Patrouillenboot der griechischen Küstenwache entdeckt. Es legt neben dem Kutter an, zwei Beamte steigen über und befestigen ein ca. 10 Meter langes Tau. Damit wird das Fischerboot in Schlepp genommen und in zunehmend hoher Geschwindigkeit durch die stürmische See in Richtung Osten zur türkischen Küste gezogen. Nach ca. 10 Minuten reißt das Abschleppseil ein Stück vom Bug des Kutters heraus, so dass Wasser eindringt. Die Hilfeschreie der verzweifelten Flüchtlinge und die Biten, sie in das viel größere Pat-

rouillenboot hinüberzunehmen, werden von der Mannschaft ignoriert. Es werden auch keine Rettungswesten an die Flüchtlinge verteilt. Einige, die versuchen auf das Boot der Küstenwache zu gelangen, werden zurückgetreten ...

Gegen 2.13 Uhr sieht sich die griechische Küstenwache – nach eigenen Angaben – »gezungen«, das Tau zu kappen, so dass der Fischerkutter in die Tiefe sinkt. Drei Frauen und acht Kinder aus Afghanistan sterben. Alle Kinder sind unter 12 Jahre alt. Mindestens acht Personen sind im gesunkenen Boot, andere verlassen die Kräfte im eisigen Meer.

Erst als ein türkisches Patrouillenboot in die Nähe kommt, werden die Menschen aus dem Wasser gezogen und auf das griechische Boot gelassen – dadurch können 16 Personen die Katastrophe überleben: 14 Männer, eine Frau und ihr Baby ...«

Zehn Flüchtlinge setzen ihre Flucht ohne weitere Hilfe fort, fünf gelangen nach monatelangen Verhandlungen mit Unterstützung von

Pro Asyl zu Verwandten in Deutschland. Diese müssen Unterhaltsklärungen für die Flüchtlinge abgeben – in Hamburg für eine aufzunehmende Person derzeit 2700 Euro im Monat.

Ende Juli stellt die Militärstaatsanwaltschaft in Athen die Ermittlungen gegen die Angehörigen der Küstenwache ein. Ein 21-jähriger Syrer, dem vorgeworfen wird, den Flüchtlingskutter gesteuert zu haben, wird zu einer Haftstrafe von 145 Jahren und drei Monaten und einer Geldstrafe von 570 500 Euro verurteilt. Zum Jahrestag der Katastrophe am 20. Januar 2015 reichen Überlebende vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage gegen Griechenland ein. Nach Auswertung der Fallakten analysiert Pro Asyl: »Die Behauptung der Küstenwache, es habe sich um eine Seenotrettungsaktion gehandelt, deckt sich nicht mit der Ermittlungsakte ... Faktisch fand keine Rettungsaktion statt, sondern ein Grenzschutzersatz mit tödlichen Folgen.«

Anlass zur Überwachung

Fraktionsspitzen von Union und SPD diskutieren über Kriminalität / Einigung zur Entlastung von Alleinerziehenden

Bei ihrer Göttinger Klausur haben die schwarz-roten Politiker über Maßnahmen gegen Einbrüche beraten. Hardliner in der Union wollen mehr Befugnisse für die Polizei.

Von Aert van Riel

Die Große Koalition setzt in der Innenpolitik auf Überwachung und härtere Strafen. Nach der Einigung von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und dem Chef des Justizressorts, Heiko Maas (SPD), zur Vorratsdatenspeicherung wurden am Donnerstag weitere Pläne der Bundesregierung bekannt. Bei ihrer gemeinsamen Klausur sprachen sich die geschäftsführenden Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien in Göttingen dafür aus, eine Verschärfung des Strafrechts zu prüfen, um Gewalt gegen Einsatzkräfte etwa bei Demonstrationen effektiver zu ahn-

den. Hintergrund dieses Vorhabens sind offenbar die gewaltsamen Auseinandersetzungen bei den Frankfurter Blockupy-Protesten vom März. Zudem sollen die Haushaltsmittel für die Bundespolizei nach 2015 (20 Millionen Euro für bessere Ausstattung) auch nächstes Jahr erhöht werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Klausur war die Bekämpfung der Einbruchskriminalität. Die Bürger sollen nach dem Willen der Fraktionsspitzen beim Schutz vor Einbrechern mit Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten stärker unterstützt werden. Für die Sicherung von Häusern und Wohnungen sollen Programme der staatlichen KfW-Förderbank aufgestockt werden. Außerdem ist geplant, dass neben Geldstrafen als Alternative zur Freiheitsstrafe ein Fahrverbot als eigenständige Sanktion eingeführt wird. Als Argumente führten die Politiker an, dass es zunehmend Straf-

täter gebe, für die eine Geldstrafe kein fühlbares Übel darstelle oder die gar kein Vermögen hätten.

In der Union gibt es Bestrebungen, die Angst vor Einbrüchen für eine Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen zu nutzen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sagte der »Welt«, dass die Telekommunikationsüberwachung künftig auch bei Wohnungseinbrüchen ermöglicht werden müsse. Bislang sei dies nur in Fällen des Bandendiebstahls möglich. »Es steht aber häufig erst am Ende der Ermittlungen fest, ob es sich um einen Bandendiebstahl handelt«, so der CSU-Politiker.

Neben ihren Vorhaben in der Innenpolitik versprochen die Koalitionspolitiker finanzielle Wohltaten. Die Fraktionsspitzen verständigten sich auf eine stärkere Entlastung von Alleinerziehenden. Der steuerliche Freibetrag für sie soll um 600 Euro

auf 1908 Euro erhöht werden. Für jedes weitere Kind sollen 240 Euro hinzukommen. Die Lage von erwerbslosen Alleinerziehenden bleibt somit allerdings prekär. Die SPD hatte die Entlastungen gefordert, Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) aber eine Finanzierung verweigert. Das Geld soll nun aus dem Etat von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) kommen. Sie wird deswegen wohl an einer anderen Stelle weniger Mittel zur Verfügung haben.

Bei ihren wirtschaftspolitischen Debatten mussten die Politiker auf VW-Vorstandschef Martin Winterkorn verzichten. Er begründete sein Fernbleiben mit der Teilnahme an Gremiensitzungen des Konzerns. Das Präsidium wollte im österreichischen Salzburg über einen Ausweg aus der Führungskrise beraten, nachdem Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch von Winterkorn abgerückt war.

NACHRICHTEN

Razzia nach Tonträgern mit rechten Inhalt

Zwickau. Bei bundesweiten Hausdurchsuchungen in Vertriebs- und Verlagsgeschäften der Naziszene hat die Polizei mehr als 400 Ton- und Datenträger sichergestellt. Das Amtsgericht Zwickau hatte für die Wohnung eines Liedermachers einen Durchsuchungsbeschluss erlassen. Der 29-Jährige werde beschuldigt, »mit seinen Songtexten rechtes Gedankengut zu verbreiten, insbesondere aber den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zu verherrlichen«, hieß es. Zeitgleich mit Sachsen wurde den Angaben zufolge in Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz nach Tonträgern mit einschlägigen Inhalten gesucht. Die mehr als 400 CDs sowie diverse Datenträger würden nun ausgewertet, hieß es. [epd/nd](#)

Behörden überwachen fast 80 Fußfesselträger

Bad Vilbel. Fast 80 Menschen mit elektronischer Fußfessel werden derzeit bundesweit vom hessischen Bad Vilbel aus überwacht. Der Großteil trage das Gerät wegen eines Sexualdeliktes, berichtete das hessische Justizministerium am Donnerstag. Die meisten Fußfesselträger leben nach den letzten Zahlen in Bayern (26), gefolgt von Hessen (10). Die gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder behält seit Anfang 2012 per GPS-Ortung beispielsweise aus der Sicherungsverwahrung entlassene Ex-Straftäter im Auge. Betreten sie eine verbotene Zone, geht ein Alarm los. [dpa/nd](#)

Erfurt: Ermittlungen zu Bestechung eingestellt

Erfurt. Die Thüringer Generalstaatsanwaltschaft hat die Ermittlungen wegen angeblicher Bestechungen im Vorfeld der Wahl von Bodo Ramelow (LINKE) zum Ministerpräsidenten eingestellt. Der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Gerd Schuchardt (SPD) bestätigte am Donnerstag einen Bericht der »Thüringer Allgemeinen«, wonach ihm das Verfahren eingestellt worden sei. Laut Zeitung hat auch ein ehemaliger CDU-Abgeordneter ein entsprechendes Schreiben erhalten. Schuchardt und der CDU-Mann wurden beschuldigt, SPD-Abgeordneten Ministerposten für den Fall versprochen zu haben, dass sie das rot-rot-grüne Bündnis bei der Wahl platzen lassen. [dpa/nd](#)

ANZEIGE

► nd unterwegs

Griechenland: Was hat SYRIZA erreicht? Was will Berlin?

Diskussion zur aktuellen Lage in Griechenland mit nd-Chefredakteur Tom Strohschneider

22. April · 18 Uhr
Geschäftsstelle der LINKEN, Mühlenstr. 25
15517 Fürstenwalde

23. April · 19 Uhr
Wendische Kirche
Baderstraße 10
01968 Senftenberg

30. April · 18 Uhr
Restaurant Wunderbar
Berliner Str. 155
03046 Cottbus

neues deutschland